

Ein Dank dem Klimaschutz

Der Emissionshandel bringt deutschen Firmen mehr als 40 Milliarden Euro ein. Selbst die Industrie profitiert – dabei war die dagegen

Von Michael Bauchmüller

Berlin – Als Europa noch um den Klimaschutz rang, war kaum ein Horrorszenario schlimm genug. Die Hälfte der 100.000 Jobs in der Stahlindustrie sei bedroht, argwöhnte seinerzeit die Branche, sollte die EU tatsächlich in den Handel mit Emissionszertifikaten einsteigen. Industrievertreter warnten vor einem „Aufstand höchster Ordnung“, sollten die Kohlendioxid-Emissionen von Kraftwerken und Fabriken tatsächlich gedeckelt werden. Das war 2003. Doch die Dinge kamen anders.

Seit 2005 müssen Industrieunternehmen mit Emissionsrechten handeln. Doch was anfangs als Sargnagel für den Standort Deutschland galt, hat sich zum Milliardengeschäft entwickelt. Das jedenfalls legt eine Studie des Öko-Instituts im Auftrag der Umweltschutz-WWF nahe: Profitiert haben danach vor allem große Stromkonzerne, und – überraschender noch – auch die Stahlindustrie. Auf 38,8 Milliarden Euro beziffert das Institut allein die Zusatzeinnahmen der 13 größten Emittenten, und zwar für die Zeit von 2005 bis 2012.

Allein der Eon-Konzern habe 13,4 Milliarden Euro mehr eingenommen.

Es ist jener Zeitraum, in dem die Emissionsrechte noch überwiegend kostenlos vergeben werden. Unternehmen bekommen sie nach einem Schlüssel zugeteilt. Kaufen müssen sie zusätzliche Emissionsrechte nur, wenn sie mehr produzieren – und dabei mehr Treibhausgase ausstoßen. Arbeiten sie dagegen effizienter, sparen sie Zertifikate ein, die sie an andere verkaufen können. Gut 16 Euro kostet derzeit ein Zertifikat über den Ausstoß einer Tonne CO₂. Doch dem Gutachten zufolge war der Mechanismus vor allem für die Stromkonzerne ein Segen: Obwohl sie Emissionsrechte überwiegend gratis bekommen, floss deren Preis in die Kalkulation ein, letztlich auch in die Strompreise. „Betriebswirtschaftlich rational“, wie auch das Öko-Institut konstatiert.

Dem der Betreiber eines Kohlekraftwerks hätte ja auch die Möglichkeit, auf die Stromerzeugung zu verzichten und die Emissionsrechte stattdessen zu verkaufen. Dadurch lohnt es sich erst bei höheren Strompreisen. Kohlekraftwerke laufen zu lassen. In der Logik des Strommarktes lässt das auch den Börsenpreis klettern, obwohl die Erzeugung gar nicht



Die Stromkonzerne haben an CO₂-Zertifikaten verdient, die sie für ihre Kraftwerke brauchen. Foto: Michael Urban/dapd

teurer ist. Allein der Eon-Konzern habe so 13,4 Milliarden Euro mehr eingenommen, RWE 10,3 Milliarden Euro.

Der Abschöpfung dieser Zusatzeinnahme sollte auch die 2011 eingeführte Steuer auf Kernelemente dienen, die angesichts eines schnelleren Atomausbaus nun wieder zur Debatte steht. Stromkonzerne würden gern darauf verzichten. Doch nach Berechnungen des Öko-Instituts könnte sie zumindest teilweise den Extraprofit schmälern: Zieht man die Steuer ab, kommt Eon noch auf 12,3 Milliarden, RWE auf 9,6 Milliarden Euro.

Die einst so kritische Stahlindustrie profitierte, wie auch Chemie- und Zementwerke, ebenfalls von der Gratisregelung. 352 Millionen Euro Zusatzgewinn sieht das Öko-Institut bei Thyssen Krupp, weitere 238 Millionen Euro bei Salzgitter. BASF nahm 115 Millionen Euro extra ein. „Von der zuvor vielbeschwo-

renden De-Industrialisierung Deutschlands kann keine Rede sein“, sagt Regine Günther, Energieexpertin beim WWF. „Das zeigt, dass viele dieser Unternehmen wirtschaftlich massiv profitieren.“ Die Stahlindustrie selbst will das so

nicht stehen lassen: Viele Unternehmen hätten sehr wohl mit dem Emissionshandel zu kämpfen, heißt es bei der Wirtschaftsvereinigung Stahl. Einzig im Krisenjahr 2009 habe es Überschüsse an Emissionsrechten gegeben, die sich gut verkaufen ließen – aber dies nur zum Preis von Produktionsabbrüchen und hohen Verlusten. Im Übrigen werde der Emissionshandel 2013 schärfer geregelt, kostenlose Emissionsrechte sollen dann der Vergangenheit angehören. Und

damit, so warnt die Stahlindustrie, könnte sie nun wirklich an Grenzen stoßen.